

Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Gendermedizin in Oberösterreich zur Norm machen

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, dem Oö. Landtag ein Maßnahmenpaket zur Förderung der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit für Frauen vorzulegen, das insbesondere folgende Punkte beinhaltet:

1. Stärkere Verankerung von Gendermedizin in der Gesundheits- und Pflegeausbildung
2. Förderung von Fort- und Weiterbildungen im Bereich der Gendermedizin
3. Maßnahmen zur Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit
4. Sicherstellung eines flächendeckenden Zugangs zu frauenspezifischen Gesundheitsangeboten und -informationen in Oberösterreich

Begründung

Lange Zeit galt der männliche Körper als medizinische Norm. Sowohl Medikamente als auch medizinische Behandlungen wurden und werden überwiegend für Männer erforscht und an diesen getestet. Dass bei einer großen Anzahl an Medikamenten daher schlicht nicht bekannt ist, welche spezifischen Wirkungen diese auf den weiblichen Körper haben, hat in weiterer Folge negative Konsequenzen auf die medizinische Versorgung und Gesundheit von Frauen. Nebenwirkungen treten bei Frauen häufiger und heftiger auf als bei Männern, manche Medikamente zeigen bei Frauen wenig bis keine Wirkung. Auch Erkrankungen äußern sich bei Frauen in vielen Fällen mit anderen Symptomen oder verlaufen anders als bei Männern. Fehlt es in diesem Bereich an Wissen, sowohl in der Bevölkerung als auch beim Gesundheits- und Pflegepersonal, kann das gravierende Folgen haben. So belegen Studien aus Großbritannien, dass Frauen, die einen Herzinfarkt erleiden, eine 50% höhere Wahrscheinlichkeit einer Fehldiagnose haben als Männer.

Aus diesen Gründen wird die Oö. Landesregierung aufgefordert, im eigenen Wirkungsbereich Maßnahmen auszuarbeiten, um Gendermedizin in Oberösterreich zu verankern und damit die gesundheitliche Chancengerechtigkeit für Frauen zu verbessern. Wesentlich zur Erreichung dieses Ziels ist die stärkere Verankerung von Gendermedizin in der Gesundheits- und Pflegeausbildung. Die Einrichtung eines neuen Lehrstuhls für Versorgungsforschung mit

Schwerpunkt Geschlechtermedizin an der Johannes Kepler Universität ist ein begrüßenswerter Schritt. Dies kann zum Anlass genommen werden, um den Erkenntnissen der Gendermedizin in allen Gesundheits- und Pflegeausbildungen in Oberösterreich künftig mehr Bedeutung zukommen zu lassen. Darüber hinaus sollte ein verstärktes Augenmerk auf Fort- und Weiterbildungsangebote in Oberösterreich im Bereich der Gendermedizin für alle Angehörigen der Gesundheits- und Pflegeberufe gelegt werden. In Kärnten wird im Rahmen der Modellregion für Gendermedizin beispielsweise jährlich einigen Ärzt:innen die Diplombildung „Gender medicine“ finanziert.

Zusätzlich muss alles unternommen werden, um in Oberösterreich einen flächendeckenden Zugang zu frauenspezifischen Gesundheitsangeboten und -informationen sicherzustellen. Das beginnt bei der finanziellen Stärkung der Frauenberatungsstellen, die auch psychosoziale und gesundheitliche Beratung anbieten, und geht über den Bedarf entsprechende Ausbildung von Spezialist:innen wie etwa Hebammen bis zur Sicherstellung, dass Eltern-Kind-Pass Untersuchungen weiterhin kostenlos durchgeführt werden.

Linz, am 3. März 2023

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Heitz, Strauss, Schaller, Knauseder, Antlinger, Margreiter, Höglinger, Engleitner-Neu, P. Binder, Haas